

„Jugend für Politik gewinnen“
Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung (Zusammenfassung)
Prof. Dr. Helmut Bremer, Dipl. Päd. Felix Ludwig (Universität Duisburg-Essen)

Projekthintergrund und Ausgangslage

Das Projekt „Jugend für Politik gewinnen“ hat sich der Auseinandersetzung mit dem häufig beklagten Problem der Distanz von Jugend und Politik gewidmet.

Im Koalitionsvertrag wurde das Ziel formuliert, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Angesichts der oft angenommenen Distanz von Jugend zu Politik ist das keineswegs unumstritten.

Gleichwohl besteht Einigkeit zum einen dahingehend, dass die Gründe für geringes politisches Interesse in fehlendem Vertrauen in politische Institutionen und Politiker_innen liegen dürften. Zum anderen kann Beteiligung vermutlich am ehesten gelingen, wenn

- es in Beteiligungsprojekten tatsächlich etwas zu entscheiden gibt,
- Partizipation kleinteilig organisiert wird,
- an den Lebenswirklichkeiten junger Menschen angesetzt wird.

Forschungen zum politischen Interesse Jugendlicher zeigen erhebliche Unterschiede nach sozialem Milieu. Laut der Shell-Jugendstudie etwa bezeichnen sich Jugendliche aus gehobenen Sozialschichten zu 51% als „politisch interessiert“, Jugendliche aus unteren Schichten aber nur zu 16%. Dazu passen Daten zur Wahlbeteiligung: Diese sinkt im langfristigen Trend, ist räumlich bzw. sozial unterschiedlich verteilt (je prekärer ein Ortsteil, desto weniger Menschen gehen wählen), wobei sich junge Menschen generell unterdurchschnittlich an Wahlen beteiligen. Aus solchen Befunden wird häufig auf ein generelles Desinteresse bestimmter Gruppen von Jugendlichen an Politik geschlossen.

Andere Studien jedoch zeigen, dass dies eine vorschnelle Annahme ist. So haben etwa Calmbach u.a. in einer von der Bundeszentrale für politische Bildung initiierten Studie zu den Lebenswelten „bildungsferner“ Jugendlicher aufgezeigt, dass es ein „unsichtbares Politikprogramm“ bei dieser vermeintlich „unpolitischen“ Gruppe Jugendlicher gibt. Sie thematisieren etwa am stärksten Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit, verstehen das aber selbst oft nicht als eine „politische“ Aussage.

Vorgehen

Die hier skizzierten Überlegungen bildeten den Hintergrund für das von der Landeszentrale für politische Bildung konzipierte Modellprojekt „Jugend für Politik gewinnen“. Im Schuljahr 2013/2014 arbeiteten jeweils eine Schule und ein Träger der außerschulischen politischen Bildung zusammen und boten Schüler_innen der Jgst. 8, 9, und 11 verschiedene Formate der politischen Bildung an. Zudem wurde im jeweiligen Themenkontext der Kontakt zu politischen Entscheidungsträger_innen gesucht, wobei davon profitiert wurde, dass es außerschulischen Weiterbildungsträgern meist leichter fällt, als Vermittler in die Politik aufzutreten. Ziele waren vor allem, Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus konkrete und

lebensweltnahe Teilhabemöglichkeiten zu geben und zur Überbrückung der gegenseitigen Distanz zwischen Jugend und Politik beizutragen.

Das Projekt wurde von der Universität Duisburg-Essen (Fachgebiet politische Erwachsenenbildung) mit quantitativen und qualitativen Methoden wissenschaftlich begleitet.

Ergebnisse

Die wichtigsten Ergebnisse aus dem Bericht der wissenschaftlichen Begleitung sind:

1. Die an den Standorten durchgeführten Projekte haben durchweg einen erkennbaren Effekt in Bezug auf eine stärkere Mobilisierung und Sensibilisierung für Fragen der Politik.
2. Wichtig war dafür, dass die Projekte so angelegt waren, dass die teilnehmenden Schüler_innen die Inhalte selbst mit bestimmen konnten. Dadurch konnten politische Themen bearbeitet werden, die lebensweltliche Relevanz haben und subjektiv mit Bedeutung und Sinn besetzt sind.
3. In allen drei Projekten ist es gelungen, die Schüler_innen und Politiker_innen in einen Diskussionsprozess zu bringen und zu einem gegenseitigen Verstehen beizutragen.
4. Weiterhin bedeutsam war, dass die Projekte an den Standorten einen Kontrast zum normalen Unterricht dargestellt haben (besonders: Exkursionen), etwa in Bezug auf eine andere Zeittaktung, den Lernort, die Methoden und generell den pädagogischen Umgang.
5. Die Bedeutung der sozialen und kulturellen Ungleichheit von Jugendlichen spielte bei allen Prozessen eine erhebliche Rolle. Inhalte, Formen und Methoden müssen eine „Passung“ zum Milieu der beteiligten Schüler_innen haben.

Wichtig ist im Hinblick auf die Nachhaltigkeit, dass die begonnenen Prozesse und die Mobilisierung weiter pädagogisch begleitet und weitergeführt werden, um nicht zu „verpuffen“ – mit dem Effekt, dass die Enttäuschung Distanzen zu Politik noch verstärken könnte.

Für eine mögliche Ausweitung des Projekts sollte ferner insbesondere ein Augenmerk auf die ausreichende Berücksichtigung sozial weniger privilegierter Milieus gelegt werden. Dies kann geschehen durch die Beachtung der Schulformen und sozialräumlicher Faktoren.